

## Für Weltbank-Präsident Wolfowitz wird es eng

Ausschuss stellt Verstoß gegen Ethikregeln fest

VON MARTIN DOWIDEIT

**New York** – In der Affäre um Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz hat ein Untersuchungsausschuss den 63-Jährigen des Verstoßes gegen die Ethikregeln der Bank für schuldig befunden. Das Gremium hatte drei Wochen über die Beförderung von Wolfowitz Partnerin innerhalb der Washingtoner Institution beraten. Die sieben Mitglieder empfahlen keine Bestrafung, da darüber nach Aussagen von Weltbank-Vertretern keine Einigkeit bestanden habe. Über Konsequenzen könnte der Exekutivrat der Bank in den kommenden Tagen entscheiden. Der ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsminister kann bis Mittwochabend Stellung zu dem Abschlussbericht des Ausschusses nehmen. Mehrere europäische Länder, die Mitarbeiterorganisation der Weltbank und Entwicklungshilfebündnisse fordern Wolfowitz teilweise bereits seit Wochen zum Rücktritt auf.

Der seit Juni 2005 amtierende Weltbank-Präsident hat seinen Rücktritt abgelehnt. Er sagt, sich an die Empfehlungen der Ethikkommission gehalten zu haben, die er bei seinem Amtsantritt über die Beziehung zu Shaha Riza informiert hatte. Die Kommission hatte empfohlen, Wolfowitz Freundin außerhalb der Bank weiter zu beschäftigen und für die entgangenen Karrierechancen zu entschädigen. Die von Wolfowitz beschlossene

ne Gehaltserhöhung und Beförderung habe jedoch nicht den Regeln der Weltbank entsprochen, meint etwa die Mitarbeiterorganisation. Zudem hat die Ethikkommission die Bedingungen, nach denen Shaha Riza befördert wurde, nach Aussagen der Weltbank nie gekannt oder genehmigt.

Als nächstes berät der 24-köpfige Exekutivrat über das Vorgehen gegen Wolfowitz. Die Mitglieder des Kreises sprechen wie der deutsche Vertreter Eckhard Deutscher für ein Land oder repräsentieren mehrere der 185 Mitgliedstaaten. Sie haben formal das Recht, den Präsidenten zu bestrafen oder seinen Rücktritt zu beschließen.

Nach einem Bericht der „New York Times“ versuchen mehrere europäische Regierungen, einen Handel mit den USA abzuschließen. Demnach würden die Europäer sich bereit erklären, dass der nächste Weltbank-Präsident wieder ein Amerikaner werde, sollte Wolfowitz bald zurücktreten. Dadurch könnte eine der Bank schaden Kampfabstimmung über das Schicksal des Präsidenten unter Umständen noch vermieden werden.

Traditionell haben die USA stets den Präsidenten der wichtigsten Entwicklungsorganisation der Welt gestellt. Die Nominierung Wolfowitz war schon 2005 heftig umstritten, da der Amerikaner als maßgeblichen Planer des Irakkriegs gilt.



Paul Wolfowitz

## Regierung lockert Regeln für Feinstaubplaketten

**Berlin** – Das Bundesumweltministerium will Besitzern älterer Pkw den Erwerb so genannter Feinstaub-Plaketten erleichtern. Eine entsprechende Änderung der Kennzeichnungsverordnung kündigte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) am Dienstag in Berlin an. Von der Lockerung betroffen sind demnach benzinbetriebene Fahrzeuge, die mit einem geregelten Katalysator der ersten Generation ausgerüstet sind. „Auch diese vor Euro 1 zugelassenen Fahrzeuge erhalten dann eine Plakette“, erklärte Gabriel. Dabei handelt es sich um Fahrzeuge, deren Abgaswerte meistens denen der Euro-1-Norm entsprechen, die aber nach damaligem Recht die Vorgaben einer US-Norm erfüllen mussten, für die andere Kriterien galten. Gabriel folgt mit der Korrektur dem Wunsch verschiedener Bundesländer. Weiteren Änderungsbedarf sieht Gabriel nicht. Zusätzliche Ausnahmeregelungen für Handwerker und Anlieger mit älteren Fahrzeugen oder die Besitzer von Oldtimern seien nicht nötig. *AFP*

## EU-Abgeordnete fordern mehr Klarheit bei Flug-Tickets

**Brüssel** – Mehr Klarheit über den Preis von Flugtickets will der Verkehrsausschuss des Europa-Parlamentes durchsetzen. Ein Beschluss vom Dienstag werde „der weit verbreiteten Praxis falscher Lockangebote und missverständlicher Preisauskünfte“ ein Ende setzen, erklärte der SPD-Verkehrsexperte Ulrich Stockmann in Brüssel. Passagiere sollten demnach „schon während der Buchung klare und eindeutige Informationen über den tatsächlichen Flugpreis sowie über alle anderen anfallenden Kosten wie Steuern, Flughafengebühren, Buchungskosten im Internet und Reisebüros erhalten“. Vor allem Billigflieger würden immer wieder falsche Angaben zu den Kosten für den eigentlichen Flug machen, kritisierte der SPD-Abgeordnete. „Es muss endgültig Schluss sein mit scheinbar billigen Angeboten im Internet und auf Plakaten, die sich nachträglich als teure Ferienflüge herausstellen.“ Wenn das EU-Parlament den Beschluss übernimmt, muss auch noch der Ministerrat zustimmen. *dpa*

## WIRTSCHAFT KOMPAKT

**INDUSTRIE Mehr produziert**  
Die deutsche Industrie hat ihre Produktion im März etwas hochgefahren und dürfte zum Jahresanfang das gesamte Wirtschaftswachstum angeschoben haben. Die Firmen stellen nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums saisonbereinigt 0,3 Prozent mehr her als im Vormonat. In den ersten drei Monaten des Jahres kletterte die Produktion um 2,2 Prozent im Vergleich zum letzten Quartal 2006. *rtf*

**GASTGEWERBE Trendwende erwartet**  
Die Gastgewerbe in Deutschland sieht ein Ende der Durststrecke. „Nach vier Jahren Dürre keimt nun in Hotellerie und Gastronomie eine zarte Pflanze namens Aufschwung. Die Trendwende scheint endlich auch unsere Branche erreicht zu haben“, sagte der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Ernst Fischer. Für 2007 sei ein nominales Umsatzplus von 1,0 Prozent zu erwarten. Wachstumsmotoren seien die Hotellerie und die Gastronomieketten. Eine Befragung von 3000 Unternehmen ergab für die Sommerzeit bessere Umsatz- und Gewinnerwartungen als im Vorjahr. *dpa*

**METALLBRÄNHE Bezirke übernehmen Abschluss**  
Der Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie gilt für weitere 770 000 Beschäftigte. IG Metall und Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen

**ERBSCHAFTSTEUER Neuregelung im Herbst**  
Die große Koalition drückt bei der Reform der Erbschaftsteuer auf Tempo: Union und SPD wollen die Neuregelung bereits im Herbst im Bundestag verabschieden. Das kündigte der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen, an. Die Reform soll Anfang 2008 parallel zur Unternehmenssteuerreform in Kraft treten. Die konkrete Ausgestaltung sei noch offen. Fest stehe nur: „Wir wollen keine höheren Steuern.“ *AP*

**MASCHINENBAU Boom bei Holzbearbeitung**  
Die deutschen Maschinenbauer haben ihre Vormachtstellung bei Holzbearbeitungsmaschinen untermauert. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) haben sie ihren Umsatz um fast 20 Prozent auf 2,6 Mrd. Euro ausgebaut. Der Weltmarktanteil liegt nun bei 26,7 Prozent. *cad*

## Bürokratie ist größtes Forschungshindernis

Lage in Deutschland bessert sich nur langsam – Kaum belastbare Zahlen zur Abwanderung von Wissenschaftlern

VON PETER SCHELLING

**Berlin** – Als zu Jahresbeginn bekannt wurde, dass einer der talentiertesten deutschen Nachwuchswissenschaftler in die Schweiz abwandern würde, war der Jammer groß: Der Abgang des Potsdamer Klimaforschers Gerald Haug, Träger des Leibniz-Preises 2007, an die Zürcher ETH wurde als weiterer Beleg dafür gewertet, Deutschland könne Jungforscher nicht im Lande halten. Viele Medien griffen diese Geschichte auf.

Viel weniger Beachtung fand die fast gleichzeitige Nachricht, dass Matthias Steinmetz, wissenschaftlicher Vorstand des Astrophysikalischen Instituts Potsdam (AIP), ei-

nen Ruf an die in seinem Forschungsfeld renommierte Universität Austin (Texas) abgelehnt hat. Zuvor hatte Steinmetz auch schon einmal ein Angebot der Zürcher Hochschule zurückgewiesen. Darüber berichtete nur die Lokalzeitung.

Dieser Unterschied in der Wahrnehmung ist durchaus symptomatisch. Die meisten Veröffentlichungen über den „Brain Drain“, die Abwanderung von Wissenschaftlern, kranken daran, dass es an belastbaren Zahlen fehlt. Ein Beispiel: Im Jahr 2004 forschten 5000 junge deutsche Wissenschaftler an amerikanischen Instituten. Das ist die neueste Zahl. Unklar ist zudem, wie viele davon nur auf Zeit

und wie viele auf Dauer dort sind. Genauso unklar ist, in wie vielen Fällen es sich dabei um Gemeinschaftsprojekte handelt.

„Wir klagen über den Brain Drain und reden viel zu wenig über Brain Gain“, so Günter Stock, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und ehemaliger Scherungsvorstand, jüngst in einem Forum des Deutschlandfunks. Es sei doch durchaus in unserem Interesse, wenn junge Talente ins Ausland gingen und dort Erfahrungen sammeln. Es müsse nur dafür gesorgt werden, ihnen auch die Rückkehr zu ermöglichen.

Die Wahrscheinlichkeit für diese Rückkehr ist mit steigenden Aus-

gaben für Universitäten, mit der Einführung der Junior-Professur und dem Programm für sogenannte Elite-Universitäten zwar etwas gewachsen. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Matthias Kleiner sagt, im internationalen Vergleich brauche sich Deutschland nicht zu verstecken. Doch noch gibt es zu viele Hindernisse. Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident des Europäischen Forschungsrates, spricht sich vor allem für mehr Wettbewerb aus. Mittel flössen künftig nicht mehr gleichmäßig, sondern für die besten Projekte. Das erlaubt indirekt, auch die guten Wissenschaftler finanziell besser zu stellen. Die größten Probleme gibt es jedoch

auf anderen Feldern. Viele Wissenschaftler ersticken an den Anforderungen der Forschungsbürokratie. Klimaforscher Haug etwa sagte in einem Zeitungsinterview, dafür würden 70 Prozent seiner Arbeitszeit verschlungen. Nur 30 blieben für Forschung und Lehre.

Ein weiteres Hemmnis bildet das Berufsbeamtentum, in dessen Tradition die deutschen Universitäten verhaftet sind. Wer einmal einen Lehrstuhl besetzt hat, ist davon kaum noch zu vertreiben – selbst wenn die Leistung diesen schon längst nicht mehr rechtfertigt. „Es ist wohl schon lange Zeit, sich davon zu verabschieden“, so Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) jüngst.

## „Wissenschaftler sind hier oft isoliert“

Der Top-Volkswirt Harald Uhlig über die Gründe für seinen Umzug in die USA und seine Hoffnung für Deutschland

Der Makroökonom Harald Uhlig zählt zu den Top-Forschern in Deutschland. In der quantitativen Wirtschaftspolitik und der Analyse von Finanzmärkten hat sich der 46-Jährige, der an der Berliner Humboldt-Universität lehrt, international einen Namen gemacht. Nun kehrt er seiner Heimat den Rücken – und folgt einem Ruf an die University of Chicago. Inga Michler sprach mit Uhlig über die Gründe für seinen Abschied und die Zukunft der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland.

**DIE WELT:** Sie hatten in den vergangenen Jahren mehrere Angebote von amerikanischen Hochschulen und haben stets abgelehnt. Warum haben Sie mit dem Wechsel so lange gewartet, wenn Sie mit den Arbeitsbedingungen in Deutschland so unzufrieden sind?

**Harald Uhlig:** Es haben immer zwei Seelen in meiner Brust gewohnt. An eine gute Universität im Ausland zu gehen hat viel Attraktivität. Aber es ist eine große Entscheidung. Man wechselt das Land, die Familie zieht mit. Und ich bin sehr gerne in Berlin.

**WELT:** So unglücklich wie man immer liest, sind Sie in Deutschland also nicht?

**Uhlig:** Das ist Meckern auf hohem Niveau. Die Humboldt Universität hat mich ja immer gut behandelt. Nur ist die University of Chicago eben extrem attraktiv.

**WELT:** Hat die Humboldt Universität nicht versucht, Sie zu halten?

**Uhlig:** Durchaus, HU-Präsident Christoph Markschies wollte ganz neue, unkonventionelle Wege gehen. Er möchte Forschungsprofessuren einrichten und integrative Forschungsinstitute für exzellente Bereiche. Gäbe es die bereits, wäre ich vielleicht gar nicht auf die Idee gekommen, zu gehen. Leider kam bisher aber kein Bleibeangebot zustande – trotz Einsatzes von Markschies und meinen Kollegen. Selbst ein engagierter, kreativer Präsident muss leider in sehr schwerfälligen Strukturen arbeiten.

**WELT:** Was müsste geschehen, damit Sie bleiben?

**Uhlig:** Das, was ich wirklich gerne hätte, würde man wohl als unverschämte Forderung empfinden.

**WELT:** Was genau wäre das?

**Uhlig:** Da geht es nicht um mich, sondern um Deutschland insgesamt. Wir haben hier keine Universität, keinen Fachbereich Volkswirtschaftslehre, der zu den Top 50 der Welt gehört. Die Volkswirtschaftslehre führt ein kümmerliches Dasein. Es gibt einzelne hervorragende Wissenschaftler, aber die sind oft isoliert. Wir müssten eine neue Fakultät der Volkswirtschaftslehre schaffen. Es müsste gelingen, tolle Leute aus den USA zurück zu ho-



Harald Uhlig geht von der Humboldt-Universität Berlin an die renommierte University of Chicago

FOTO: KRAUFTHÖFER

len und sie hier zusammen zu setzen. Man bräuchte 20 bis 25 Professoren und vielleicht noch zehn Assistenz-Professoren, alles ohne riesige Lehrstühle. Was ich mir wünsche, sind Kollegen, mit denen man sich austauschen kann.

**WELT:** Das klingt nach Elite-Universitäten, von denen in Deutschland gerade viele reden.

**Uhlig:** Reden schon, aber ich sehe in der Politik keine Bereitschaft, die Mittel wirklich bereitzustellen. Solch eine Fakultät würde etwa 14 Mio. Euro im Jahr kosten. Wollen wir das ausgeben? Wir müssen uns doch mal fragen: Was sollen uns die Universitäten liefern? Als

Steuerzahler hätte ich schon gern ein paar mehr Nobelpreisträger in Deutschland. Ich hätte gern ein paar Unis, die auf Augenhöhe sind mit Harvard, Princeton oder dem MIT. Wir können und sollten uns mehrere tolle Universitäten im Land leisten. Und dort sollten sich Professoren auf exzellente Forschung und Lehre konzentrieren können, anstatt die Zeit mit Managementaufgaben und Bürokratie zu vergeuden.

**WELT:** Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sind derzeit im Umbruch. Was muss sich bessern?

**Uhlig:** Zurzeit geben wir 80 Mio. Euro im Jahr für einen mäßigen

Service aus. Da sollte sich die Politik erst mal fragen, was sie eigentlich genau von den Instituten erwartet. Mein Verständnis der Lage ist, dass sie gute Politikberatung machen sollen. Dazu könnte es sinnvoll sein, Institute wie das DIW mit einem Fachbereich auf Weltklasse-Niveau an einer Universität zu assoziieren. Dann hätte man einen Durchfluss von Ideen, von der hohen Wissenschaftsebene auf die praxisorientierte Ebene der Politikberater.

**WELT:** Sie setzen voraus, dass die Politiker auf die Institute hören.

**Uhlig:** Stimmt. Und bisher nutzen das Wirtschafts- und Finanzmin-

isterium nicht annähernd deren Expertise. Die Papiere werden kurz der Presse vorgestellt und verschwinden dann auf Regalen. Den Ministerien fehlt schlicht die Kapazität dafür. Es gibt dort kaum Wissenschaftler, die die Zeit haben, selbst zu forschen oder zumindest die Forschung zu beobachten und nachvollziehen zu können. Dabei wäre das extrem wichtig. Ein Staatssekretär, der beeindruckt ist von den Power-Point-Präsentationen schneideriger Unternehmensberater, bringt nichts. Dem kann man ja sonst was erzählen. Die Unternehmenssteuerreform mag grundsätzlich sinnvoll sein. Sie soll fünf Mrd. Euro kosten. Warum gibt man nicht einmal ein Tausendstel davon aus, um gute Ökonomen die Entscheidungen optimal vorbereiten zu lassen?

**WELT:** Welche Relevanz hat die makroökonomische Forschung denn überhaupt noch für die Politik?

**Uhlig:** Die Wissenschaft ist heute gut in der Lage, Handlungsoptionen vorzubereiten und verschiedene Alternativen durchzurechnen. Die Entwicklung der zunehmenden Quantifizierung und Formalisierung kommt aus den USA und ich halte sie für sinnvoll. Die Wissenschaft ist schließlich kein Selbstzweck. Wir beschäftigen uns mit sehr realen Problemen. Wer gute Politikberatung haben will, braucht dieses Trainingsfeld.

**WELT:** In den USA scheint die Barriere zwischen Wissenschaft und Politik allerdings deutlich durchlässiger zu sein als hierzulande.

**Uhlig:** Dort wechseln auch nur wenige Ausnahmetalente von der Wissenschaft in die Politik. Die haben sich dann aber, wie zum Beispiel der ehemalige Finanzminister Larry Summers oder der einstige Weltbank-Chefökonom Joseph Stiglitz, vorher ein großes wissenschaftliches Renommee erarbeitet, haben in den wichtigsten Journalen publiziert. Im Vergleich dazu sind viele Politikberater bei uns wissenschaftliche Leichtgewichte.

**WELT:** Freuen Sie sich auf kreativere Verhältnisse in den USA?

**Uhlig:** Darauf hoffe ich. Ich bin Makroökonom, beschäftige mich mit Finanzmärkten und mit ökonomischen Methoden. Auf allen drei Gebieten ist die University of Chicago sehr stark. Da gibt es eine Reihe von Kollegen, mit denen ich mich gern austauschen würde.

**WELT:** Wann kommen Sie zurück nach Deutschland?

**Uhlig:** Der Job in Chicago wäre für immer. Wir gehen mit der Perspektive, dass wir dort bleiben. Aber wer weiß. Ich möchte mich gerne für ein Jahr hier beurlauben lassen. Und vielleicht tut sich inzwischen hier ja genug, dass ich zurückkommen möchte.

## Ein Quadratmeter Stall soll für 20 Hühner reichen

EU verabschiedet neue Richtlinie für Geflügelmast – Tierschützer kritisieren die Festschreibung unerträglicher Verhältnisse

VON HANNELORE CROLLY

**Brüssel** – Ein langes Leben hat ein Masthuhn nicht: Zum Schlachtgewicht von etwa 1,8 Kilo frisst es sich in knapp sechs Wochen heran. In dieser Zeit, klagten Tierschützer, müssten in Europa viele Hähnchen unnötig leiden. Gehege seien überfüllt, Hygiene und Versorgung teilweise erbärmlich. Doch anders als bei Legehennen gab es in der EU noch keine einheitlichen Vorschriften für Hühnermast.

Nach einem zweijährigem Streit haben die EU-Agrarminister das nun geändert: Von 2010 an dürfen in Mastbetrieben maximal 20 Hähnchen pro Quadratmeter Fläche leben. In den Augen der Tier-

schützer hat die deutsche Ratspräsidentenschaft, die den Vorschlag durchpaukte, dem Tierschutz damit jedoch einen Bärendienst erwiesen: „Die neue Richtlinie ist ein Armutszeugnis für die europäische Tierschutzpolitik, denn schwere Tierschutzprobleme werden nicht verhindert, sondern gesetzlich legitimiert“, klagt Markus Pfeuffer von der Vereinigung „Vier Pfoten“. Viele umstrittene Punkte der Hühnerzucht seien außer Acht gelassen worden. Die EU habe alle wissenschaftlichen Erkenntnisse ignoriert und eine viel zu hohe Tierdichte im Stall festgeschrieben.

Tatsächlich könnte ein deutscher Betrieb künftig theoretisch sogar noch mehr Hähnchen masten als

bisher. Denn die neue Regelung sieht zwar ein Gesamtgewicht der Tiere von 33 Kilogramm pro Quadratmeter vor. In Deutschland haben sich die Betriebe bisher freiwillig an eine Obergrenze von 35 Kilogramm gehalten. Doch wenn bestimmte Bedingungen – eine niedrige Sterberate und gute Klimaverhältnisse etwa – erfüllt sind, können EU-Betriebe ihre Zucht von 33 auf bis zu 42 Kilogramm oder 23 Tiere pro Quadratmeter ausweiten. Die neuen Regeln gelten außerdem nur für Massenbetriebe mit mehr als 500 Tieren.

Die EU-Kommission, die vor zwei Jahren 30 Kilogramm vorgeschlagen hatte, hält den Kompromiss dennoch für vertretbar.

„Wir hätten den ursprünglichen Vorschlag bevorzugt, aber dies verbessert doch die Lage gegenüber der heutigen Situation“, sagte EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou. Die Tierschützer dagegen hatten eine Obergrenze von 15 Tieren gefordert.

Um die Details der Richtlinie hatte es bis zuletzt heftigen Streit gegeben. Während Frankreich, die Slowakei, Ungarn, Griechenland, Tschechien und Polen gegen die Einführung wetterten, monierten Großbritannien, Schweden, die Niederlande und Dänemark die Verwässerung der Richtlinie.

Forscher der britischen Universität Oxford haben allerdings herausgefunden, dass die Raumver-

hältnisse zwar eine wichtige Rolle für das Wohlergehen von Masthühnern spielen. Nicht minder wichtig sind aber die klimatischen Verhältnisse. Temperatur und Luftfeuchtigkeit, der Ammoniak-Gehalt der Luft sowie die Qualität der Einstreu entscheiden stärker über die Sterblichkeit der Broiler als der verfügbare Platz. All diese Bedingungen sind in der neuen Richtlinie aber nicht geregelt.

Weltweit werden jedes Jahr 20 Milliarden Masthühner aufgezogen, in der EU sind es fünf Milliarden. Größter Produzent ist Großbritannien mit 800 Millionen Stück. Deutschland ist mit rund 480 Millionen Stück der fünfgrößte Masthuhn-Anbieter der EU.